

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. September 2012, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Besetzung des Vorstands der Nordseekommission</b>	<b>4</b>
<a href="#">Umdruck 18/92</a>	
<b>2. Zukunft der EFRE- und ESF-Programme in der neuen Förderperiode 2014-2020</b>	<b>7</b>
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)	
<a href="#">Umdruck 18/101</a>	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von PIRATEN und FDP	
<a href="#">Drucksache 18/93</a> (neu) - 2. Fassung	
<b>4. Bericht von der Ostseeparlamentarierkonferenz</b>	<b>11</b>
<b>5. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>12</b>
<b>6. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>13</b>
<a href="#">Umdruck 18/103</a>	
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>14</b>

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Besetzung des Vorstands der Nordseekommission**

#### [Umdruck 18/92](#)

Zur Vorgeschichte der Besetzung des Vorstands der Nordseekommission führt M Spoorendonk aus, dass einen Tag nach der konstituierenden Sitzung des Landtags an die Landesregierung die Bitte Bremens herangetragen worden sei, künftig die Stellvertretung des deutschen Vorstandspostens übernehmen zu können. Aufgrund der wichtigen Rolle, die Bremen bereits in der Nordseezusammenarbeit gespielt habe, sei man dieser Bitte kurzfristig nachgekommen. Wichtig für das Land Schleswig-Holstein sei, einen aktiven Partner in der Vorstandsarbeit zu haben. Es könne nicht nur für Schleswig-Holstein ein Gewinn sein sondern für die Arbeit der Nordseekommission insgesamt. Eine Rücksprache mit dem Landtag sei zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich gewesen, da bereits am 20. Juni 2012 die Nordseekommission getagt habe und eine Entscheidung vor diesem Termin getroffen werden musste. Eine Erörterung im Europausschuss vor der Entscheidung wäre wünschenswert gewesen, sei aber vor diesem Hintergrund nicht möglich gewesen. Die bisher geäußerte Kritik überrasche sie, da ihrer Information nach die Landesregierung in der 17. Legislaturperiode eine Einstellung der Förderung der Arbeit der Nordseekommission ins Auge gefasst habe. Man habe diese Entscheidung jedoch bereits zurückgenommen und dafür gesorgt, dass auch weiterhin Mittel zur Verfügung stünden. Wichtig sei jetzt, die Arbeitsgruppen der Nordseekommission zu besetzen und dort wichtige inhaltliche Arbeit zu leisten. Die Besetzung der Arbeitsgruppen könne auch aus den Reihen der Landtagsabgeordneten erfolgen.

Abg. Damerow zeigt sich irritiert durch das Vorgehen der Landesregierung. Sie hebt hervor, dass die Haushaltsberatungen noch nicht stattgefunden hätten und insofern über eine etwaige Kürzung noch nicht entschieden worden sei. Darüber hinaus sei man mit der Arbeit von Abg. Wengler, der bisher im Vorstand gewesen sei und auch im vergangenen Jahr im Europausschuss zu seiner Arbeit berichtet habe, sehr zufrieden. Kritisch merkt sie an, dass eine Information des Europausschusses auch am 08. August hätte erfolgen können. Sie kündigt für ihre Fraktion an, dieses Thema auch im Ältestenrat thematisieren zu wollen.

Abg. Poersch begrüßt, dass die Landesregierung dafür gesorgt habe, dass sich Bremen im Vorstand der Nordseekommission engagieren könne. Zudem zeigt sie sich erfreut darüber, dass die Landesregierung eine Kündigung der Mitgliedschaft in der Nordseekommission und in der KPKR nicht näher in Erwägung ziehe. Sie bittet darum, dass die Landesregierung darstellt, welche Arbeitsgruppen zu besetzen seien und dass geklärt werde, ob eine Teilnahme von Abgeordneten an Arbeitsgruppensitzungen durch Reisekosten haushaltsrelevant würden. Eine Befassung des Ältestenrats halte sie jedoch nicht für notwendig.

Abg. Voß hebt die Bedeutung der Vernetzung innerhalb der Nordseekommission und auch mit Bremen hervor. Die Kurzfristigkeit der Entscheidung sei den Umständen geschuldet gewesen. Ein Engagement in den Arbeitsgruppen der Nordseekommission halte er für wichtig, da es in diesen Arbeitsgruppen um wichtige Detailfragen gehe.

M Spoorendonk hebt hervor, dass auch sie sich einen anderen zeitlichen Ablauf gewünscht hätte. Sie habe sich darüber hinaus intensiv mit dem bisherigen stellvertretenden Mitglied, Abg. Wengler, über die Arbeit in der Nordseekommission ausgetauscht, an deren Vorstandssitzung sie am 20. Juni persönlich nicht habe teilnehmen können. Abg. Wengler habe ihr gegenüber auch auf die Bedeutung der Arbeit in den Arbeitsgruppen hingewiesen. Schleswig-Holstein sei seit 2007 in der Nordseekommission vertreten, wobei die Arbeit der Nordseekommission unterschiedlich hoch geschätzt worden sei. Der neue Vorsitzende der Nordseekommission, Ole Sørensen, habe angeboten, sich mit der Landesregierung und auch dem Europaausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags darüber auszutauschen, welche Möglichkeiten der Optimierung der Arbeit bestünden. Sie plädiert dafür, das Gesprächsangebot anzunehmen und kündigt an, den Europaausschuss zu einem Gesprächstermin einzuladen. Das Land Schleswig-Holstein solle aus ihrer Sicht auch auf politischer Ebene in diesem Gremium vertreten sein. Bremen habe bisher als einziges deutsches Bundesland im Rahmen der Mitarbeit im Ausschuss der Regionen und in der Nordseekommission konzeptionell gearbeitet. Darum sei es für sie folgerichtig gewesen, Bremen stärker in die Arbeit der Nordseekommission einzubinden. Wichtig sei auch, einen Verbündeten in der Nordseezusammenarbeit zu haben. Diese Rolle könne Bremen spielen. Sie unterstreicht noch einmal, dass die Entscheidung zeitnah habe getroffen werden müssen und aus diesem Grund der Landtag nicht entsprechend eingebunden worden sei.

Abg. Waldinger-Thiering regt an, das Angebot zur Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der Nordseekommission schriftlich zu verteilen (Umdruck 18/160) und das Gesprächsangebot des Vorsitzenden der Nordseekommission, Herrn Sørensen, anzunehmen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug, ob es eine Gegenleistung aus Bremen für die Überlassung des Vorstandspostens gegeben habe, führt M Spoorendonk aus, dies sei nicht der Fall gewesen. Wünschenswert sei aber, die deutsche Mitgliedschaft zu stärken. Eine Vertretung der schleswig-holsteinischen Interessen, solle sie selbst nicht in der Lage sein, an den Sitzungen des Vorstands der Nordseekommission teilzunehmen, werde gewährleistet werden. Auch dieser Aspekt könne in einem Gespräch mit Herrn Sørensen vertieft werden. - M Spoorendonk sichert dem Ausschuss zu, eine Liste der Vorstandsmitglieder zu übersenden (Umdruck 18/160).

Der Europaausschuss kommt überein, kurzfristig sich darüber zu verständigen, wie die Arbeitsgruppen der Nordseekommission und der Posten in der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR) besetzt werden solle. Parallel solle geklärt werden, ob Mittel für gegebenenfalls notwendige Reisen für die Inhaber der jeweiligen Posten zur Verfügung stünden.

M Spoorendonk bietet dem Ausschuss an, dem Ausschuss ebenfalls Informationen zur Konferenz der peripheren Küstenregionen zur Verfügung zu stellen (Umdruck 18/160).

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Zukunft der EFRE- und ESF-Programme in der neuen Förderperiode 2014-2020**

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

[Umdruck 18/101](#)

Einführend hebt M Meyer zu den europäischen Förderprogrammen hervor, dass die neue Förderperiode ab 2014 mit vielen Unwägbarkeiten verbunden sei. Viele Entscheidungen, die auf europäischer Ebene noch abgestimmt werden müssten, seien von Schleswig-Holstein aus nur wenig oder gar nicht zu beeinflussen. Der mehrjährige Finanzrahmen, der frühestens 2013 veröffentlicht werde, lasse erst erkennen, wie viel Geld überhaupt im Topf sei. Ebenfalls wichtig seien die 2011 veröffentlichten Strukturfondsverordnungen für die inhaltlichen Diskussionen. Mit dem Bund als Mitgliedsstaat der Europäischen Union werde jetzt von Länderseite aus jeweils eine Partnerschaftvereinbarung geschlossen, die der Bund seinerseits in eine Partnerschaftvereinbarung mit der Europäischen Union einbringe. Die Partnerschaftvereinbarungen sollten bis Ende des Jahres verhandelt werden, was jedoch eine sehr ehrgeizige zeitliche Planung sei, bis zum Frühjahr 2013 sollten die operationellen Programme vorliegen. Nach derzeitiger Planung sollten 52 % der dafür vorgesehenen Finanzmittel in den ESF fließen und 48 % in den EFRE. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, dass sich dieses Verhältnis noch leicht verschiebe. 80 % der Mittel des EFRE sollten auf drei thematische Oberziele aufgeteilt werden, erstens die Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, zweitens die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen und drittens die Förderung der Bestrebungen zur Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Branchen. Darüber hinaus sollten mindestens 5 % der Mittel in nachhaltige Stadtentwicklung fließen. Dies gelte jedoch jeweils für die Mitgliedsstaaten, innerhalb Deutschlands gebe es unterschiedliche Interessen im Hinblick auf die Verwendung der Mittel zum Beispiel zwischen den Stadtstaaten und den Flächenstaaten. Sorge bereite der Landesregierung die Tatsache, dass es nach derzeitiger Planung wenig Möglichkeiten der Förderung von Infrastruktur gebe. Man bemühe sich, Möglichkeiten zu eruieren, dies über den Bund und das Europäische Parlament zu erreichen. In diesem Zusammenhang befinde man sich auch in Gesprächen mit der Bundesregierung. Dieses Thema werde aber auch bei der Wirtschaftsministerkonferenz in Brüssel auf der Tagesordnung stehen. Zu befürchten sei auch, dass das Verfahren entgegen bisheriger Ankündigungen nicht weniger bürokratisch werde. Abwicklung und Transparenz der Programme auch für diejenigen, die Leistungen in Anspruch nehmen, werden nicht besser.

Innerhalb der Landesregierung findet zurzeit eine Meinungsbildung statt, die Prognos AG sei zurzeit damit beschäftigt, einen Entwurf für ein operationelles Programm zu fertigen. Bei öffentlichen Veranstaltungen sollten auch die Partner einbezogen werden. Der Minister bietet an, über den Fortgang weiter zu berichten.

Im Hinblick auf den europäischen Sozialfonds führt M Meyer aus, dass dieser deutlicher konzipiert sei als der EFRE. Wichtig beim ESF zu wissen sei, dass der Bund erhebliche Mittel abziehe, bevor die Länder Mittel in Anspruch nehmen könnten. Diese Mittel flössen in ESF-Bundesprogramme. Ein thematischer Schwerpunkt solle in Schleswig-Holstein auf der Fachkräftegewinnung und -sicherung liegen. Dabei gehe es auch um das Thema berufliche Bildung.

Abg. Weber hebt hervor, dass aus seiner Sicht eine Diskussion über die Neuausrichtung der EFRE-Finanzierung auch als sinnvoller Impuls für das Land gelten könne. Für das Land ein zentraler Punkt solle die Überlegung sein, welche Bereiche Wachstum generieren und Arbeitsplätze schaffen könnten. Dort solle man seiner Ansicht nach stärker über eine gezielte Förderung nachdenken.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zur Möglichkeit der Förderung von touristischer Infrastruktur führt M Meyer aus, dass man auch Kreativität in der Umsetzung brauche. Die Förderung touristischer Infrastruktur sei in der kommenden Förderperiode nicht mehr explizit erwähnt. Es habe im Europäischen Parlament aber den Vorschlag gegeben, die touristische Infrastruktur wieder explizit aufzunehmen. Von Seiten des Landes habe man die Bundesregierung aufgefordert, sich dagegen nicht zu wehren. Darüber hinaus gebe es die Möglichkeit, eine Unterpriorität zu schaffen und dort einen gewissen Anteil der Mittel zur Förderung touristischer Infrastruktur gezielt einzusetzen. Im Hinblick auf die Förderung der Hafeninfrastuktur sei Kreativität gefordert. Möglichkeiten der Förderung würden in diesem Bereich aber auch unter Umständen durch das neu gestaltete Programm „Connecting Europe“ bestehen, dazu seien jedoch noch keine Einzelheiten bekannt.

Abg. Poersch interessiert, ob es die Möglichkeit gebe, regionale Verteilungsquoten zu schaffen. - M Meyer hebt hervor, dass für ihn Strukturpolitik für das ganze Land gelten müsse. Die EU definiere auch als Region das Land Schleswig-Holstein.

Auf Bitte von Abg. Beer sagt M Meyer zu, dem Ausschuss einen Ergebnisvermerk zu dem für den darauffolgenden Tag geplanten Gespräch mit Vertretern aus der Region zum ESF zukommen zu lassen. Zum Bereich der EFRE-Förderung gebe es im Land zwei darauf bezogene Schwerpunkte, Innovation und Forschung einerseits und eine energetische Optimierung in

Unternehmen andererseits. Insbesondere der letzte Bereich sei in Unternehmen stark vernachlässigt worden, wobei sich energetische Optimierung bei großen Unternehmen auch nach relativ kurzer Zeit ohne Förderung amortisiere. Bei kleinen und mittleren Unternehmen sei eine Förderung jedoch sinnvoll. Insgesamt sei wichtig, die geringer werdenden Mittel klug zu verteilen.

M Spoorendonk unterstreicht die Bedeutung, auch das Bundeswirtschaftsministerium davon zu überzeugen, dass Tourismus und Kultur in die europäische Förderkulisse aufgenommen werden müsse. Tourismus und Kultur seien für Schleswig-Holstein auch Wirtschaftsfaktoren. Sie kündigt an, in diesem Zusammenhang auch in der kommenden Sitzung des Europaausschusses am 24. Oktober zur Jahrestagung der BSSSC in Lilleström zu berichten. Wichtig sei, die EU-Ostseestrategie und deren Kriterien damit in Verbindung zu bringen, was künftig von den EU-Förderprogrammen gewollt sei.

Im Zusammenhang mit dem Thema einzelbetrieblicher Förderung interessiert Abg. Voß, welche Möglichkeiten es gebe, mit revolvingierenden Fonds zu arbeiten und ob das Land davon profitieren könne.

- M Meyer führt aus, dass es bereits einige revolvingierende Fonds gebe. Grundsätzlich befürworte er deren Einsatz, wenn es passen würde. Besonders in Bereichen, wo mit zinsgünstigen Krediten gearbeitet werden könne. Dies sei jedoch vor dem Hintergrund, dass man nicht wissen könne, wie sich die Kreditzinsen in Zukunft entwickeln würden, schwer zu prognostizieren.

Herr Balduhn, Leiter des Referats EU-Angelegenheiten, EFRE, GRW und „Konversionsbüro“ im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie erläutert, dass es bereits in der laufenden Förderperiode zwei revolvingierende Fonds gebe. Das interessante an diesen Fonds auch aus Sicht der Europäischen Kommission sei, dass die rückfließenden Mittel in der Region verbleiben könnten, sofern sie wieder für ähnliche Förderzwecke eingesetzt würden. Es gebe jetzt die Überlegung, im neuen operationellen Programm von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch zu machen, allerdings seien diese sowohl in der Konstruktion als auch im Hinblick auf Kontrolle und Berichterstattung an Brüssel komplizierter als andere Förderinstrumente. Dieses werde zurzeit mit den Gutachtern und auch den Beteiligten intensiv diskutiert.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von PIRATEN und FDP

[Drucksache 18/93](#) (neu) - 2. Fassung

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die Beratungen zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen und zunächst das Ergebnis der bereits angekündigten Gespräche des Landtagspräsidenten abzuwarten. Ein Schwerpunkt der Diskussion ist, inwieweit die Aufnahme der Sinti und Roma in die Verfassung mit denkbaren anderen Verfassungsänderungen verknüpft werden sollte.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, die Beratungen in seiner Sitzung am 24. Oktober fortzusetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Bericht von der Ostseeparlamentarierkonferenz**

In seinem Bericht über die Ostseeparlamentarierkonferenz hebt Abg. Voß hervor, dass man die Gelegenheit genutzt habe, den Umgang mit der Punkband „Pussy Riot“ zu thematisieren. Insgesamt sei die gut organisierte Konferenz inhaltlich etwas überfrachtet gewesen, wichtige Punkte hätte man aber ansprechen können, zum Beispiel das Thema Green Growth werde ein Schwerpunkt in der kommenden Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz bilden.

Abg. Beer begrüßt, dass man eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Umgang mit der Punkband gefunden habe. Des Weiteren gibt sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass man die in der Resolution vorhandenen Themen zur Jugend- und Bildungspolitik im zuständigen Ressort berücksichtigen werde.

Abg. Waldinger-Thiering unterstreicht, dass sie die Reise als sehr informativ empfunden habe. Wichtig sei aus ihrer Sicht, weiter im Gespräch zu bleiben.

M Spoorendonk unterstreicht die Bedeutung der Ostseekooperation auch auf parlamentarischer Ebene. Sie weist darauf hin, dass sie am Rande der BSSSC mit dem Leiter des Ostseejugendsekretariats ein Gespräch geführt habe. In diesem Zusammenhang bestehe die Gefahr, dass die Förderung eingestellt werde. Dies dürfe aus ihrer Sicht nicht passieren. Bisher sei die Bundesregierung der größte Beitragszahler, es gebe aber zu wenig Unterstützung von Seiten der Ostseeanrainer. Sie regt an, den Leiter des Ostseesekretariats in den Ausschuss einzuladen.

Abg. Voß spricht sich dafür aus, in Zukunft auch im Zusammenhang mit den Parlamentsforum Südliche Ostsee das Gebiet Kaliningrad stärker in die Beratungen einzubinden und für mehr Zusammenarbeit zu sorgen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Bundesratsangelegenheiten**

Einleitend weist der Vorsitzende auf das Schreiben der Staatskanzlei, Umdruck 18/123, und das darin enthaltene Angebot der Übersendung regelmäßiger schriftlicher Informationen an den Ausschuss hin. Sinnvoll sei es, die Information am Freitag vor der Koordinierungswoche zu erhalten, um gegebenenfalls noch reagieren zu können.

Abg. Poersch regt an, die bereits stattfindende Diskussion der Beschäftigung des Europaausschusses mit den Frühwarndokumenten im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems um den Aspekt Bundesratsangelegenheiten auszuweiten und gleichzeitig auch die Frage zu stellen, ob der Europaausschuss diese umfangreiche Arbeit auch leisten könne.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es anders als bei der Subsidiaritätskontrolle darum gehe, die aus Sicht der Landesregierung wichtigen Punkte in den Fokus der Beratungen zu rücken.

Abg. Beer regt an, auch das Eckpunktepapier des Landtagsdirektors auf die Tagesordnung des Europaausschusses zu nehmen. Der Vorsitzende regt an, eine Befassung im Ausschuss nach einer Beratung in den Fraktionen vorzunehmen und bittet die Fraktionen um eine Meldung, wann dies der Fall sei.

Herr Hasenritter, Leiter der Abteilung Ressortkoordinierung, Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten sowie Bund-Länder-Koordinierung in der Staatskanzlei, weist darauf hin, dass das Angebot auch umfasse, die frühzeitigen Unterrichtungspflichten der Fachressorts nach § 7 Abs. 1 Parlamentsinformationsgesetz im Sinne des Landtags auszulegen.

Der Ausschuss nimmt das Angebot der Landesregierung an und in Aussicht, das entsprechende Verfahren zunächst zu erproben.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/103](#)

Abg. Voß regt an, sich im Rahmen einer Sondersitzung über die Kommissionsvorlagen zur europäischen Bankenaufsicht (KOM(2012) 511 und KOM(2012) 512) zu befassen. Der Europaausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Damerow erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Vorlage des Europaberichts 2012.

M Spoorendonk hebt hervor, dass es ihrer Ansicht nach am sinnvollsten sei, einen zeitlich nach vorne gerichteten Bericht zu erstatten, was die Landesregierung in Zukunft plane.

Abg. Poersch regt an, auch im Hinblick auf die Vorbereitung auf Vorlagen, die im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems den Ausschuss erreichten, den Europabericht in zwei Teile zu teilen, einen, der sich mit einem Rückblick auf die vergangene Arbeit beschäftige, und einen, der die Schwerpunkte der Arbeit des kommenden Jahres betone.

Abg. Damerow hebt hervor, dass es ihrer Ansicht nach nicht unwichtig sei, was bisher getan worden sei. Daraus könnten Initiativen entwickelt werden.

M Spoorendonk unterstreicht, dass sie einen vorwärtsgerichteten Bericht über die Pläne der Landesregierung für die zukünftige Arbeit für sinnvoller halte als einen rückwärtsgerichteten Tätigkeitsbericht, zumindest was das Jahr 2012 angehe.

Abg. Voß plädiert ebenfalls für eine Aufteilung des Berichts in zwei Teile.

Abg. Damerow weist darauf hin, dass der letzte Europabericht aus dem Mai 2011 stamme. Bei der Erstellung des Berichts handle es sich darüber hinaus um eine Bringschuld der Landesregierung.

Abg. Weber weist auf den Landtagsbeschluss zur Erstattung eines Europaberichts durch die Landesregierung hin. Darüber hinaus stehe es der Landesregierung selbstverständlich frei, auch einen Ausblick auf die kommende Arbeit zu geben. Er bittet die Landesregierung, bis zu einer der nächsten Sitzungen eine Zeitschätzung abzugeben, bis wann man einen entsprechenden Europabericht vorlegen könne. M Spoorendonk hebt hervor, dass natürlich bereits Vorarbeiten zur Erstellung des Europaberichts gelaufen seien, die Erstellung des kompletten Berichts jedoch erhebliche Ressourcen in Anspruch nehme. Sie sagt zu, dem Europausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen mitzuteilen, wann ein Europabericht 2012 vorliegen könne

und kündigt an, einen Ausblick auf die europapolitischen Schwerpunkte für das kommende Jahr dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abg. Beer hebt hervor, dass sie einen Bericht über die bisherige Arbeit erwarte und sich auf einen Ausblick auf zukünftige Projekte der neuen Landesregierung freue.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer